



Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig monatlich 120 Mk., wöchentlich 30 Mk. Durch die Post monatlich 120 Mk., vierteljährlich 360 Mk. (Freiporto). In Pommerellen: monatlich 600.— Mk. poln. Währung. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die begehrtete Zeile 40.— Mk., von auswärts 55.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltigen Reklamazeilen 150.— Mk., von auswärts 200.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 281

Donnerstag, den 30. November 1922

13. Jahrgang

Die neuen Sanktionspläne Frankreichs.

Ueber die bereits gestern kurz berichteten neuen Sanktionsabwischen Frankreichs liegen jetzt ausführlichere Meldungen vor, die die Situation erheblich ernster beurteilen lassen.

Wie Savas berichtet, haben an der im Einse unter Vorsitz Millierands stattgefundenen Konferenz teilgenommen: Poincaré, General Foch, der Kriegsminister Magnot, der Finanzminister de Lasteyrie, der Minister für die besetzten Gebiete Reibel, der französische Delegierte bei der Reparationskommission Barthou, der französische Oberkommissar in den Rheinländern Tirard, der Chef des Generalstabes Guat und der Generalinspektor der Bergwerke Coste. Ueber die Sitzung selbst verbreitet Savas eine Meldung, in der es heißt: Sie glaube zu wissen, daß die Regierung sich augenblicklich damit beschäftigt, die Politik näher zu erläutern, die sie in bezug auf die Reparationsfrage annehmen will, und daß sie

einen Aktionsplan vorbereitet,

den Poincaré seinen englischen, italienischen und belgischen Kollegen wahrscheinlich im Laufe der Vorbereitungen zur Brüsseler Konferenz zur Ratifizierung vorlegen wird. Die französische Regierung werde getreu der bei der letzten Londoner Konferenz von Poincaré aufgestellten These gewiß nicht auch nur teilweise Entbindung Deutschlands von seinen Verpflichtungen zugeben, wenn es nicht als gewöhnlicher Schuldner einen Gegenwert stelle. In der Tat würde die

Beschlagnahme von Pfändern

den Allerten unverzüglich Gelder bringen und dadurch das Reich zur Durchführung des Vertrages zwingen; denn das Reich werde dann danach trachten, die Hypothek auszuheben. Die Ausbeutung der Staatsaruben im Ruhrgebiet solle ins Auge gefaßt worden sein. Der italienische und der belgische Delegierte seien der Ansicht, daß zu diesem Zeitpunkt der französische Vorschlag ein Mittel enthalte, um die Durchführung der Kohlenlieferungen sicherzustellen. Schließlich behauptet Savas, daß auch die britische Regierung die Kontrolle der Ruhrgruppen angenommen habe, jedoch nur für den Fall einer Verfehlung Deutschlands.

Eine weitere offizielle Note, die die gesamte Pariser Morgenpresse wiedergibt, besagt: Da die Brüsseler Konferenz trotz des Wunschens der französischen Regierung vielleicht nicht stattfinden werde, da sie möglicherweise kein Ergebnis haben werde, und insbesondere deshalb, weil der Reichstag dem Reichssanktionieren eine Mehrheit verschafft habe, die einmütig die Note Wirths über die Reparationen billige, d. h. dafür eintrete, daß Deutschland sich den Reparationsverpflichtungen entziele, so begreife man, daß die französische Regierung in ihrer festen Absicht, Bezahlung zu erlangen, Wert darauf gelegt habe, zu untersuchen, welche Mittel ihr diese Möglichkeit verschaffen könnten. Wir glauben zu wissen, seit die Note weiter auseinander, daß die Maßnahmen, die in Betracht gezogen wurden — wir sagen nicht beschlossen wurden — und die man für geeignet für die Garantierung unserer Rechte erachtet, wenn man diese bestreiten würde, folgende sind:

1. Eine vollständigere Beschlagnahme der Rheinlande, die Frankreich jetzt besetzt hält, eine Beschlagnahme, die namentlich in der Ersetzung von deutschen durch französische Beamte zum Ausdruck kommen könnte.
2. Besetzung von zwei Dritteln des Ruhrgebiets einschließlich Essens und Wohnung, so daß die Frankreich von Deutschland auf Reparationskonto zu liefernden Kohlen und der für die französische Industrie erforderliche Härtenschiefer gestohert würden.

W. der „Matin“ noch ergänzend meldet, soll auch die Ausweisung sämtlicher deutschen Beamten aus dem besetzten Gebiet ins Auge gefaßt worden sein.

Die erste Frage, die sich angesichts dieser neuen französischen Besetzungsabsichten von selbst stellt, ist die, ob die Verbündeten Frankreichs dieses Vorgehen billigen werden. Nach den französisch-offiziellen Meldungen scheint es, als ob Frankreich nichts ohne die Zustimmung der Entente zu unternehmen gedächte.

Ueber England's Haltung liegen positive Nachrichten nicht vor. In der Unterhausdebatte erklärte Bonar Law auf eine Anfrage, daß kein Abkommen bestünde, wonach England verpflichtet sei, die englischen Truppen am Rhein zu belassen und außerdem eine allierte Politik der Besetzung deutschen Gebietes zu begünstigen. Die englischen Regierungskreise verhalten sich weiter außerordentlich reserviert. Damit wird

bestätigt, daß die Pariser Pläne zunächst als Vorschläge zu betrachten sind, die sich an die Verbündeten richten, und daß sie nur mittelbar eine Bedrohung Deutschlands darstellen. Nach einer Savas-Meldung soll eine Besprechung der Allerten nicht in Lausanne, sondern in Paris stattfinden, wohin Bonar Law zu kommen bereit sei, wenn auch Mussolini und Heunz es wünschen.

Ueber den französischen Plan, die Rheinlande ganz und das Ruhrgebiet mehr als halb zu annektieren, braucht vom deutschen Standpunkt aus kaum noch viel gesagt zu werden. Der französische Imperialismus, der jeden wahren Frieden unmisslich macht und neue Weltkriege vorbereitet, demaskiert sich in diesem Plan vollständig. Die Verbündeten Frankreichs werden damit vor Entscheidungen gestellt, die endlich darüber Klarheit bringen müssen, ob sie der französischen Erpressungspolitik nicht endlich ein halt gebieten wollen.

Preußen und der Ausländerzustrom.

Der Preussische Landtag beschäftigte sich gestern mit einer großen Anfrage der Deutschnationalen wegen der Einwanderung von Ostjuden. Minister des Innern Severing äußerte hierüber u. a.: Die Regierung und die Volkvertretung sind verpflichtet, sich auf einen rein sachlichen Boden zu stellen. Jüdische Zeitungen berichten, die ungarische Regierung beabsichtige, eine große Anzahl Juden auszuweisen. Es werde ein großer Teil der Ausgewiesenen sich nach Preußen wenden. Ich möchte an dieser Stelle den Völkerbund darauf aufmerksam machen (Lachen rechts.), daß Deutschland und Preußen diesen Flüchtlingsstrom nicht aufnehmen könne. (Zustimmung rechts.) Jedenfalls ist die heutige Lage der Ernährungsverhältnisse wie des Wohnungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktes nicht dazu angetan, um das Meer der Ausländer noch zu vermehren. Bezüglich der Grenzüberwachung ist bisher nichts verfaßt worden. Die Grenze von Ostpreußen bis Oberschlesien laufend durch einen Polizeikordon abzuschließen, sind wir außerstande. Soweit preussische Interessen die Abschließung der Grenze erforderlich machen, und soweit wir sie mit allgemein menschlichen Grundrissen in Einklang bringen können, bin ich gern dazu bereit. Ueber die Zahl der eingewanderten russischen Juden kann der Berliner Polizeipräsident absolute genaue Angaben nicht machen, weil bei der Anmeldung das Glaubensbekenntnis nicht angegeben wird. Am 31. Mai 1922 sind von seiner Statistik in Berlin 123 000 Ausländer erfasst worden, darunter 26 806 Polen, 16 688 Russen. Wenn man von einem preussischen Problem spricht, darf man nicht vergessen, daß im Kriege 40 000 Ostjuden nach Deutschland deportiert und zumeist in Preußen angeheftet wurden. Preußen kann nur im Verein mit den andern Ländern und im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt vorgehen. Bei der Frage, ob Ausländer zugelassen oder länger zu dulden sind, wird die Lage des Wohnungs-, Wirtschafts- und Lebensmittelmarktes entscheidend sein. Wahrscheinlich werden in einigen Jahren Millionen deutscher Arbeiter auswandern müssen; aber wohin? Sollen wir uns durch Härten der Fremdenpolitik das Odium als Barbaren zuziehen, auch der Versailler Vertrag bindet uns fremdenrechtlich.

Vorher nahm der Landtag den Gesetzentwurf wegen Aenderung des Beamtendienstes-Kommengesetzes in allen drei Lesungen an. Es soll dadurch ermöglicht werden, den Beamten die erhöhten Bezüge schon zum 1. Dezember auszu zahlen.

Die Bergarbeiter vor der Repko.

Die Delegierten der Reparationskommission haben gestern einen Ausschuß des Internationalen Bergarbeiterverbandes empfangen, dem auch zwei Deutsche angehören. Die Delegation gab ein Bild von den Wünschen des Internationalen Bergarbeiterverbandes mit Bezug auf die Rückwirkung der Reparationskohlentlieferungen und die Lebenshaltung der Bergarbeiter in Europa. Sie ersuchten die Reparationskommission, eine Befragung der Berg- und Grubeninteressenten sowie der Bergarbeiter in Erwägung zu ziehen, wenn sie die Lieferungsfähigkeit Deutschlands für Reparationskoble untersucht.

Dupont in Danzig.

Wie uns aus Warschau gemeldet wird, will sich der Chef der französischen Militärmission in Polen, General Dupont, demnächst nach Danzig begeben. Dupont war bekanntlich früher der Chef des französischen Spionagewesens. Eigenständlicherweife taucht sein Name hier im Osten gerade dann immer wieder auf, wenn die Gefahr einer Ruhrgebietsbesetzung im Westen droht.

Zusammentritt des polnischen Senats.

Die Eröffnung des Senats am Dienstag nachmittag ging in ähnlicher Form wie die des Sejms vor sich. Nach einer kurzen Ansprache betrat der Staatschef den ältesten Senator, den Sozialisten Pimanowski, zum Alterspräsidenten. Dieser berief den jüngsten Senator Bezniacki zum Schriftführer. Nach der Vereidigung wurde die nächste Sitzung auf Freitag 11 Uhr angesetzt, wo die Wahl des Präsidiums stattfinden soll.

Nach allen Zeitungsmeldungen herrscht unter den Sejmiparteien noch ein vollkommenes Durcheinander. Die Opposition der Ukrainer kam bereits bei der Vereidigung zum Ausdruck, wo in Sejm und Senat ukrainische Abgeordnete die Eidesformel in ukrainischer Sprache sprechen wollten.

Vorkäufig geht die Politik aller Parteien darauf hinaus, die Widerheiten zu isolieren. Die Verhandlungen der Volkspartei mit den Nationaldemokraten haben bereits insofern einen Erfolg gezeitigt, als die in Olgalitz gewählten Volksparteiler sich von den übrigen loslösen und eine besondere Section bilden wollen.

Ein Spionageprozeß in Krakau.

Weitern begann in Krakau der Prozeß gegen den ehemaligen Hauptmann Drustein, der der Spionage zugunsten Deutschlands, der Vesteuerung hoher Militärbeamten und Fälschung von Reiseausweisen angeklagt ist. Drustein behauptet, daß es sich nur um wertlose Dokumente, die keine eigene Person betreffen, gehandelt habe und daß er durch Uebergabe von wertlosem Material an Deutschland für Polen wichtiges Material betreffs Oberschlesien herausbekommen wollte. Die Gerichtsverhandlungen sind geheim, eine große Anzahl Zeugen und militärischer Sachverständiger ist geladen.

Deutsche Kartoffelverschiebungen ins Ausland.

Das „R. T.“ hat von einem Leser aus Helsingfors den Ausschnitt eines finnländischen Blattes erhalten, in dem beste deutsche Kartoffeln in ganzen Wagenladungen vom schwedischen Fahrzeug aus angeboten werden. Der dafür geforderte Preis ist allerdings für die deutschen Schieber verlockend. Denn für den Hektoliter werden 45 finnische Mark gefordert, was bei einem Stande der finnischen Mark von 200 einen Betrag von 4500 Mark für den Hektoliter ausmacht. Aber jede Schiffsladung Kartoffeln, die ins Ausland geht, schädigt die Ernährung des deutschen Volkes während des kommenden schweren Winters in nicht wiederzumachender Weise. Die Reichsregierung wird daher erlucht, alles zu tun, um zu verhindern, daß auch nur eine Kartoffel über die Grenzen zu Lande oder zu Wasser verschoben wird.

Biel Lärm um nichts.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen England und Polen.

Zwischen Russland und Polen sind die diplomatischen Beziehungen teilweise abgebrochen worden. Das klingt zunächst sehr gefährlich. In der Tat handelt es sich aber nur um eine Etikettefrage. Die Bolschewisten hatten, als sie in Russland ans Ruder kamen, unter anderen Ueberbleibseln der „Bourgeoisie“ auch die üblichen Titel der diplomatischen Vertreter: Botschafter, Gesandter usw. abgeschafft. Sie bezeichneten ihre auswärtigen Gesandten einfach nur als „Vertreter“. Nun gibt es aber eine ganz bestimmte, in jahrhundertelanger Tradition herabgeerbete Etikette des diplomatischen Verkehrs. Danach ist ein Botschafter mehr als ein Gesandter, ein Gesandter mehr als ein bloßer Vertreter usw. Die russische Regierung machte aber Anspruch darauf, daß ihr Vertreter in Warschau als Gesandter angesehen würde, was darin zum Ausdruck kommt, daß er sein Beglaubigungsschreiben dem Staatschef, nicht dem Außenminister überreicht. Die polnische Regierung hielt sich dagegen an den Titel „Vertreter“ und wollte die russische Forderung nicht zugestehen, wobei wohl auch eine grundsätzliche Mißachtung der Sowjetregierung in Warschau mitspielt. Schließlich reiste der russische Vertreter in Warschau, übrigens ein früherer Fürst Obolenski, kurzerhand ab, während das Volkskommisariat des Neuhern in Moskau auch den polnischen Vertreter dort durch Ablehnung des Empfangs zur Abreise nötigte. Dieser Zustand, daß Polen und Russland gegenseitig wohl Gesandtschaften, aber keine Gesandten haben, besteht jetzt schon zwei Wochen. Ein Rollenwechsel hat noch zu keiner Lösung geführt. Der verlierende Teil bei dieser Etikettefrage dürfte Polen sein. Ernsthafte Bedeutung hat der Konflikt für sich allein nicht.

Danziger Nachrichten.

Freie Bahn für die Brotwucherer.

Der Senat plant Aufhebung des Brotkartensystems am 1. Januar 1923.

Das der Senat in erster Linie als Schwächter und Vertreter der wirtschaftlichen Interessen sieht und handelt, ist bekannt und oft nachgewiesen worden. Seine Ernährungspolitik war für die notleidende Bevölkerung Danzigs verhängnisvoll und wirkt verelendend im höchsten Grade. Die Missetat der in Reichweite schwebenden Kartierung wurde vom Senat anstatt bekämpft, unterstützt. Alle wichtigen Lebensmittel sind unerschwinglich teuer, die Erhaltung der überausen Kartoffelkartei lehnte der Senat ab. Fleisch ist in vielen Familien ein unbekanntes Nahrungsmittel. Milch ist im Preise derart heraufgeschoben, daß ein großer Teil der Schmalze und Schwerfranken elend dahinsinkt. Brot, ein Hauptnahrungsmittel, war auch jetzt schon unverkäuflich teuer, immerhin war es billiger, als das marktfreie Brot, für das im Freistaat Preise bezahlt werden müßten wie in keiner Stadt des Deutschen Reiches. Und jetzt plant der Senat den Hauptschlag. Ab 1. Januar 1923 sollen nur noch Sozialrentner uim. Brotkarten erhalten. Erwerbstätige sollen dann keinen Anspruch mehr auf Brotkarten haben, denn Monatslöhne von 6000 Mark werden kaum noch gezahlt werden. Die Gesamtzahl der Brotkarteninhaber soll 50000 nicht übersteigen. Das bedeutet, daß der weitestgehende Teil der Bevölkerung auf das marktfreie Brot angewiesen sein soll. Ist es auch Wahnwitz, so hat es doch Methode, nämlich das Volk zu fürchten im Interesse der Marktwirtschaft, die heute schon im Ueberflusse schwelgt. Der Senat hat dem Wirtschaftsausschuß des Volkstaats folgenden Entwurf einer Verordnung annehmen lassen:

§ 1. Versorgungsberechtigt sind nicht Personen, deren Einkommen im Monat November 1922 für alleinstehende Personen 6000 Mark, für den Haushaltungsvorstand 7000 Mark, zusätzlich 1500 Mark für die in dem gemeinsamen Haushalt lebende Ehefrau und für jedes in dem gemeinsamen Haushalt verpflegte Kind unter 16 Jahren übersteigen hat. Als Versorgungsberechtigte kommen hauptsächlich in Betracht: Kleinrentner, Sozialrentner, Armengehaltempfänger und Militärrentneempfänger. Als Versorgungsberechtigt gelten nicht Angestellte und Arbeiter, deren Einkommen infolge Streiks oder verminderte Arbeitslosigkeit im Monat November unter 6000 Mark geblieben ist.

§ 2. Der Senat wird ermächtigt, den Kreis der Versorgungsberechtigten Personen zu beschränken oder zu erweitern, je nach dem die Zahl der Versorgungsberechtigten auf Grund des § 1 im Gebiete der Freien Stadt Danzig 50000 übersteigt oder darunter bleibt.

§ 3. Die Kommunalverbände haben die Maßnahmen zur Durchführung des Ausschusses der nach § 1 nicht Versorgungsberechtigten aus der öffentlichen Brotversorgung so zu treffen, daß der Ausschluß am 1. Januar 1923 wirksam wird. Sie können bestimmen, ... die öffentliche Brotversorgung nur auf Antrag eintritt und daß diejenigen, welche die öffentliche Brotversorgung beanspruchen, den Nachweis für das Vorliegen der Voraussetzungen von § 1 erbringen. Die Entscheidungen der Kommunalverbände sind endgültig. Ferner verlangt der Senat die Zustimmung des Wirtschaftsausschusses zu einer weiteren Verordnung, nach der die Getreideumlage um das letzte Drittel gekürzt wird.

Ein Riesenschadenfeuer im Freihafen.

Großer Lagerstuppen mit Milliarden Warenwerten übergebrannt.

Im Freihafen Neufahrwasser brach gestern Abend ein Feuer aus, wie es seit dem letzten großen Brande im Freihafen im Jahre 1910 nicht zu vergleichen ist. Gegen 10 Uhr schlugen plötzlich aus dem auf der Südseite im Freihafen gelegenen Schuppen 1 der Polnischen Transportgesellschaft an mehreren Stellen Flammen heraus. Innerhalb weniger Minuten bildete der größte Teil des bis oben mit Gütern aller Art gefüllten Schuppens ein großes Flammenmeer. Bei dem herrschenden starken Winde breitete sich das Feuer mit rasender Schnelligkeit aus. Die Feuerwehr, die schnell zur Stelle war, hatte zunächst alle Mühe, eine weitere Ausdehnung des Feuers auf die Nachbarschuppen zu verhindern. Nur dem glücklicherweise Wind war es zu verdanken, daß dies gelang. Der Schuppen 1 brannte jedoch vollständig nieder. 5 Wächter der Feuerwehr und der Spritzenpumper „Sisse“ hatten mit der Eindämmung und dem Löschen des Feuers bis heute früh zu tun.

Mit dem Schuppen sind riesige Werte an Waren vernichtet. Der Schuppen war stark gefüllt. Hauptächlich waren Wolle, Leder, Del, Harzen, Spirituosen, Medikamente, Nähmaschinen darin untergebracht. Erst kurz vor Ausbruch des Feuers war ein Baggen Medikamente im Werte von etwa 70 Millionen in den Schuppen eingelagert. Die Waren sind, soweit sie nicht verbrannten, zum größten Teil durch die Hitze und das Wasser verdorben. Der Schaden ist vorerst noch nicht abzuschätzen, doch dürfte er weit in die Milliarden gehen. Ein großer Teil der Waren soll noch unverändert geblieben sein, so daß zahlreiche Danziger Firmen, die ihre Waren in diesem Schuppen eingelagert hatten, schwer geschädigt sein sollen. Die Ursache des Feuers ist noch nicht aufgeklärt. Die bisherigen Untersuchungen haben ergeben, daß es in der westlichen Ecke des Schuppens, in der sich der Bureauaum befindet, ausgebrochen sein muß. Ein Arbeiter soll geblieben haben, daß die ersten Flammen aus dem Bureauaum herauskamen. Man vermutet, daß das Feuer dort ausgebrochen und wahrscheinlich durch Ueberwärmung des Ofens entstanden ist. Die Untersuchungen darüber sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Ein Gesetz über den Finanzrat der Freien Stadt Danzig ist dem Volkstaag zugegangen. Der Artikel 58 der Verfassung sieht bei dem Zustandekommen von gewissen Gesetzen auf dem Gebiet des Steuer- und Finanzwesens die Mitwirkung des Finanzrates als gesetzlicher Behörde vor. Es wird vorgeschlagen, den Finanzrat aus 10 Mitgliedern bestehen zu lassen. Von diesen sollen zwei Mitglieder kraft amtlicher Stellung sein, und zwar der Vorsitzende des in Steuerfachen entscheidenden obersten Gerichts und der Leiter der unabhängigen Rechnungsstelle. Die übrigen 8 Mitglieder sollen durch Wahl berufen werden. Nach dem Vorschlage des Entwurfs sollen drei dieser Mitglieder vom Volkstaag, eines von der Stadtbürgerschaft, eines gemeinschaftlich von dem Magistrat der Stadt Zoppot und den Kreisämtern der drei Kreise und drei vom Senat gewählt werden. Gleichmäßig für die Mitglieder kraft amtlicher Stellung und für

die gewählten Mitglieder ist vorgesehen, daß sie nicht Mitglieder des Volkstaags, des Senats oder der Stadtbürgerschaft sein dürfen. Die eigentlichen Aufgaben des Finanzrates sind bereits in der Verfassung enthalten. Vorgesehen ist ferner, daß dem Finanzrat durch besondere Befehle auch noch andere dem Finanzwesen betreffende Aufgaben übertragen werden können. Die Mitglieder des Finanzrates sollen ihre Amt ehenamtlich führen. Außer der Teilnahme an den Sitzungen soll ihnen, sofern sie außerhalb des Bereichs des Vorortbezirks wohnen, Reisekosten und Tagelöhne ausbezahlt werden. Es wird vorgeschlagen, diese nach den den Mitgliedern des Senats bei Dienstreisen zubehörenden Rechenungen zu bemessen.

Arbeiter-Bildungsausschub

Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, in der Aula der Petrischule, am Hansaplatz

Lichtbildervortrag:

Die Elendzeit in unserer Heimat.

Vortragender: Dr. Bing.

Karten à 10 Mark an der Kasse.

Oesterreichische Lehren für Danzig.

Oesterreich ist vermittelst seiner Währung wirtschaftlich zu Grunde gerichtet worden. Deutschland wird voraussichtlich mit Riesenschritten folgen. Danzig wird mit in den wirtschaftlichen Abgrund gerissen, wenn hier nicht schleunigst eine Aenderung eintritt. Die kapitalistischen Parteien in allen drei Ländern schlafen und lassen sich von den Bankpartei und Geldspekulanten an der Nase herumführen, weil sich diese Öpannen des Schicksals der Währung an den reichen Abfällen mästen und immer zahlreicher und üppiger werden. Unsere Genossen in Oesterreich sind es gewesen, die zuerst diesen Abgrund erblickten und eine gründliche Währungsreform forderten. Leider vergeblich. Die kapitalistischen Parteien hatten nicht mehr die Kraft der Selbstbestimmung. In Deutschland waren es ausschließlich unsere Genossen, die eine gründliche Reform der Währung verlangten. Aber auch hier waren die wirtschaftlichen Öpannen noch zu mächtig, und Wirth fand nicht die Kraft, diesen Kampf aufzunehmen. In unserm Freistaat waren es wiederum nur die Fraktionen der jetzt verelendeten sozialdemokratischen Parteien, die am 27. 10. 22 das sogenannte Notgesetz ableiteten und dafür schleunige und gründliche Aenderung unserer Währung verlangten. Ihnen werden wir es zu verdanken haben, wenn wir aus diesem Danziger Währungsdelict mit feiner Folge, dem schrecklichen Preiswucher und Inflation, befreit werden. Obri man aber nicht auf diese Warnung, dann steht uns das bevor, was jetzt in Oesterreich eingetreten ist.

In einem solchen erdrienenen Ergänzungsbelt zum Monatsbericht über die Tätigkeit des Völkerrundes, Oktober 1922, werden die Verhandlungen und Maßnahmen des Völkerrundes für den finanziellen Wiederaufbau Oesterreichs mitgeteilt. Das Studium dieses Berichtes ist auch für Danzig lehrreich. Wir können vor allem daraus die Lehren ziehen, daß wir es nicht so weit kommen lassen dürfen, wie es in Oesterreich gekommen ist.

Die österreichische Regierung hat ohne Rücksicht auf die Zukunft keine Zahlungsmittel vermehrt, so daß die Krone immer wertloser wurde. England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei stellten Oesterreich erhebliche Kredite zu dem Zweck zur Verfügung, seine Wirtschaft und seine Währung gesund zu machen. Das geschah aber nicht. Oesterreich wirtschaftete vielmehr weiter „verschwendertich“, wie es in dem Bericht lautet. Im August 1922 sah die österreichische Regierung es endlich ein, daß es so nicht weitergehen konnte. Die Regierung und das Parlament hätten auf dem Wege der Gesetzgebung verfügt, daß die Hilfe des Drucks von Papiergeld nicht mehr zur Deckung der Staatsbedürfnisse herangezogen werden soll. Infolge dieses Notgesetzes nahm sich der Völkerrund der Sache an, und das Finanzkomitee des Völkerrundes hat sich gemeinsam mit dem Oesterreich-Komitee des Völkerrundrates in eingehenden Beratungen mit den Maßnahmen befaßt, die in Oesterreich zu ergreifen sind. Diese Maßnahmen, die jetzt durchgeführt werden sollen, sind folgende:

Die Unverletzlichkeit des Staates wird von den Mächten garantiert. Oesterreich verzichtet darauf, seine Souveränität (Rückzug an Deutschland) aufzugeben. Das österreichische Parlament erteilt der jetzigen oder zukünftigen Regierung die Vollmacht, die Maßnahmen zu ergreifen, die in dem Programm vorgezeichnet sind. Diese Maßnahmen werden gemeinsam mit einem Generalkommissar des Völkerrundrates durchgeführt, der in Wien seinen Amtssitz nehmen wird. Die Vollmacht für die Regierung soll zunächst auf zwei Jahre ausgedehnt werden. Sollte der Ausgleich des Staatshaushalts bis dahin noch nicht erfolgt sein, so wird die Vollmacht verlängert. Bis zur Erreichung dieses Ausgleichs bleibt auch der Generalkommissar in Wien. Der österreichischen Regierung wird die Währungsbehörde genommen, soweit sie sich nicht bereits bisher selbst entmannt hat und dieses Recht an eine private Notenbank abtrat. Die Regierung darf kein Papiergeld mehr herstellen und in den Verkehr bringen. Dieses Recht hat nur noch die Privatbank, der man mehr Gewissenhaftigkeit zutraut als der Regierung. Die Regierung darf auch nicht einmal auf die Befehung der Direktorenstellen dieser Bank einen Einfluß ausüben, sie darf sich auch nicht mit Kapital an der Bank beteiligen. So vollkommen ist jedes Vertrauen zu der österreichischen Regierung geschwunden.

Die Regierung hat dann die Handelsbilanz heraufzuheben und zu diesem Zweck Luxus und Genuß zurückzudrängen. Das Finanzkomitee des Völkerrundes hat erklärt, Oesterreich hat viel mehr verbraucht, als es produziert hat. Alle neuen Vorstöße werden zur Durchführung von Reformen neuer gemacht werden dürfen. In sehr kurzer Zeit wird Oesterreich nicht mehr verbrauchen dürfen, als es imstande sein wird, zu produzieren. Die Zeit der Reform selbst wird, auch wenn neue Kredite erlangt sein werden, notwendigerweise sehr schmerzhaft sein, und je weiter man ihren Beginn hinauszögert, um so härter wird sie sein.

Ohne Genehmigung des Generalkommissars darf die Regierung keine neuen Anleihen aufnehmen. Die genannten vier Mächte, England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei, werden Oesterreich einen Kredit zur Verfügung stellen. Es wird aber erklärt, daß dieser Kredit kaum in Anspruch genommen werden wird. Oesterreich hat durch die erwähnten Maßnahmen allein helfen kann. Für diesen Kredit werden als Garantie die

Grundsteuer, die Zölle und das Tabakmonopol mit 40 Millionen Goldfronen als Sicherheit geboten. Nach der Anwendung dieser Anleihen entscheidet der Generalkommissar. Die etwaigen Sicherungen sind auf ein Konto der privaten Notenbank einzulagern, und über dieses Konto kann nur der Generalkommissar verfügen.

Es heißt in dem Bericht des Völkerrundes: „Oesterreich wird sich nicht mehr in der Notwendigkeit befinden, sich durch Ausgabe von Banknoten Geld zu verschaffen und dadurch selbst den Sturz der Krone zu veranlassen. Oesterreich wird die neue Ordnung der Dinge nicht mehr auf der schwankenden Grundlage einer Währung aufbauen, deren Entwertung durch die Inflation kretel.“

Der österreichische Bundespräsident Seipel hat diesen in Genuß vereinbarten Bedingungen mit dem Ausdruck des Dankes und der Hoffnung auf baldige wirtschaftliche Gesundung Oesterreichs zugestimmt. Er hat damit klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die österreichische Regierung unfähig war, das Land wirtschaftlich zu regenerieren und zu erkennen, wie das Schicksal, die Verzweiflung und Verpfändung der Währung, zu beenden ist.

Unsere Genossen in Oesterreich sind der Auffassung, daß die Regierung diese und noch bessere Maßnahmen selbst erdenken und durchzuführen können und daß die Partei dieser Selbstentmannung nicht zustimmen könne. Und in der Tat wäre dies maßlos gewesen.

Der Völkerrundbericht ist für Danzig außerordentlich lehrreich. Wir sehen hier, was wir tun und nicht tun sollen und was uns in Aussicht steht, wenn wir nicht schleunigst und mit aller Kraft an eine Lösung der Währungsfrage herangehen.

Das Gesetz über den Volkseigentum

Ist dem Volkstaag zur Beschlußfassung zugegangen. Nach der Verfassung findet ein Volkseigentum statt, wenn der Senat bei Meinungsverschiedenheit zwischen dem Volkstaag und ihm über ein vom Volkstaag beschlossenes Gesetz der Volkseigentum darüber anruft. (Art. 48 der Verf.); 2. wenn ein Drittel der Stimmberechtigten es unter Vorlegung eines ausgearbeiteten Gesetzentwurfes verlangt (Volkseigentum) der Entwurf nicht vom Volkstaag unbeschadet angenommen wird. (Art. 47 der Verf.) Der Senat bestimmt den Abstimmungsstag, der ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein muß. Die Abstimmung ist unmittelbar und geheim. Stimmberechtigt ist wer das Wahlrecht zum Volkstaag hat. Die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen entscheidet. Ein Beschluß des Volkstaags kann durch einen Volkseigentum nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt. Der Gesetzentwurf steht eng an die diesbezüglichen deutschen Bestimmungen an.

Der Tarif der Fähre Mikolajewski ist mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung auf 20 Mark für das Ueberfahren einer Person erhöht worden. Die Erhöhung tritt am Sonntag, den 3. d. Mis., in Kraft.

Die neuen Erhöhungen der Postgebühren.

Der Verkehrsbeirat der Reichspostverwaltung stimmte den neuen Vorschlägen über die Post-, Postschiff-, Telegramm- und Fernspreckgebühren zu. Die Postgebühren und Postschiffgebühren sollen erhöht werden. Der Verkehrsbeirat erklärte sich auch ab 15. Dezember um durchschnittlich 100% damit einverstanden, diese Sätze ab 15. Januar weiter zu erhöhen. Dagegen sprach er sich gegen die neuen Fernspreckgebühren aus und erklärte sich nur damit einverstanden, daß ab 1. Januar die Grund- und Weisprechgebühren an Stelle des bisherigen Zuschlages mit einem solchen von 2000 Prozent berechnet werden. Für das gewöhnliche Telegramm auf alle Entfernungen wird erhoben eine Grundgebühr von 40 Mark und eine Wortgebühr von 20 Mark, bei Orts- und Pressetelegrammen die Hälfte. Die Gebührenvorlage geht nunmehr dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuß zu.

Devisenkurse.

(Schlusskurs um 12 Uhr mittags.)

	30. November	29. November
1 Dollar	7 900.—	8 400.—
1 polnische Mark	0.47	0.49
1 Pfund Sterling	36 500.—	37 600.—
1 holländischer Gulden	—	3 286.—
1 norwegische Krone	—	1 540.—
1 dänische Krone	—	1 700.—
1 schwedische Krone	2 100.—	2 250.—
1 finnische Mark	—	—
1 italienische Lire	—	400.—
1 französischer Frank	535.—	580.—
1 Schweizer Frank	—	1 545.—

Jetzt ist die beste Zeit

ein Abonnement für die „Danziger Volksstimme“ anzugeben. Sie erscheint täglich und

unterrichtet über alle Tagesereignisse.

Durch ihren vielseitigen Textteil ist Ihre köstliche Zeitschrift für jeden von großem Nutzen. Besonders für den wirtschaftlichen Geschäftsmann der wertvollen schaffenden Bevölkerung ist das Studium und die Verbreitung der „Volksstimme“ von außerordentlicher Wichtigkeit. Man solle anliegenden Bestellschein ausfüllen und geben ihn an die Geschäftsstelle Am Speckhaus 6, weiter.

Name: _____
Wohnung: _____ Straße Nr. _____
vorn _____ Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts
bei _____

Forderungen der Postbeamten.

Abgelehnte Gründung einer neuen Beamtenpartei. Der Bund der Post- und Telegraphenbeamten in der Freien Stadt Danzig hielt am Donnerstag eine stark besuchte Versammlung ab. Die besonders in den Kreisen der unteren Beamtenschaft herrschende drückende Not der Zeit kam wiederum in einbringlichen Worten zum Ausdruck. Das Verlangen nach Milderung der Kostlage wurde in zwei Entschliessungen für den Beamtenschafts-Senat und Volkstag niedergelegt. Entsprechend der im Reich bereits erfolgten Regelung soll die Zahlung eines Ueberfeuerungszuschusses von 10 Prozent auf Grundgehalt, Orts- und Aenderzuschlag auch an die Beamtenschaft des Freistaates erfolgen, ferner wird eine einmalige Wirtschaftsbekämpfung als Ausgleich für die gegenüber dem Reich erhebliche verspätet gezahlten Feuererzeugnisse verlangt.

Zu weiteren gab die Erörterung des Haushaltpfanz der Post- und Telegraphenverwaltung für 1921 Anlaß zu Klagen. Insbesondere sühnten sich diejenigen Beamten stark benachteiligt, deren Beförderungstellen durch den Haushaltpfanz für 1921 nunmehr bewilligt worden sind, die jedoch das erhöhte Gehalt erst mit Wirkung vom 1. April 1922 beziehen. Eine Eingabe der Beteiligten um Aufhebung dieser Härten wird an die maßgebenden Stellen weitergegeben werden.

Die in der Beamtenschaft angeregte Bildung einer Beamtenschaft fand vernünftigerweise keine Gegenliebe. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß für die Beamtenschaft in erster Linie wirtschaftliche Interessen in Frage kommen, wofür eine berufständliche Vertretung vorhanden sei. Die politische Interessenvertretung sei besser den politischen Parteien zu überlassen, in denen die Beamten wirken und die wertvolle Bevölkerung für ihre Fragen interessieren können.

Nach einem Bericht über den Stand der Postbetriebskrankenkasse wurde noch ein Antrag auf Veranschaulichung der Uniformen, zu dem eine Anforderung um Stellungnahme seitens des Senats und der Post- und Telegraphen-Verwaltung Anlaß gegeben hatte, angenommen.

Die Situation im Baugewerbe.

In einer dieser Tage stattgefundenen Generalversammlung des Deutschen Bauarbeiterverbandes ging Gen. Brill bei Erörterung des Geschäftsberichts auch auf die Situation im Baugewerbe ein. Durch den letzten der Bauarbeiteraufstände Streit hatte sich viel Arbeit angehäuft. Normal durch Abwanderung ein großer Mangel an geübten Arbeitkräften eintrat. Die Gesamtzahl von 1000 Maurern und Zimmerern aus Ostland ist den Arbeitgebern nicht anständig. Die weichen, die trotz der Warnung nach Danzig kamen, sind sehr bald wieder abgereist. Vor dem Streit wählten sich die Unternehmer, einen Stundenlohn von 2,00 Mark zu zahlen. Nach dem Streit wurde der Lohn von 14 auf 14 Tagen erhöht und zahlten die Arbeiter täglich bis 8 Stundenlohn mehr über den Tarif. Erst ließ man die Arbeiter wieder, um freies Spiel dem Wirtschaftlichen mehr zu zahlen, als vereinbart wurde. Infolgedessen haben die Arbeitgeber auch aus dieser Entwicklung der Dinge nichts gelernt, denn sie werden jetzt mit dem Eintritt des Winters wieder zu ihren Schanzmännern. So wehren sich die Arbeitgeber im Wohngebiet Danzigs Land und Broker Werder, die in Danzig festgesetzten Löhne zu zahlen. Auch die Ablehnung des Bauarbeiterverbandes für den Abschluß des Tarifvertrages der Pastorei hätte fast einen neuen Streit im Baugewerbe zur Folge gehabt. Es wäre infolge dieser Machtkämpfe der Arbeitgeber und in Anbetracht der sich täglich härter bemerkbar machenden Teuerung nicht möglich, auf eine ruhige Entwicklung zu rechnen. Die Bauarbeiter sollten sich auf neue schwere Kämpfe gefaßt machen, um so mehr, als das Kapital nichts unversucht lassen wird, das festgesetzte Gut des Arbeiters, den Achtstundentag, abzuschaffen. Neben Abschluß der Mahnung, daß die Bauarbeiter auch in diesen Winter ihren Mann stehen werden. Nach einer längeren anheimelnden Ansprache wurde eine Entschliessung angenommen, in der alle Vereine, den Achtstundentag zu beschließen, auch schärfste Vorbehalte wurden. Um für die großen Auseinandersetzungen gerüstet zu sein, wird der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, um die Gewerkschaften dafür zu stärken und allen Verträgen, den Achtstundentag zu befehlen, den geschlossenen Widerstand der Gewerkschaften entgegenzusetzen.

Die Haftung des Gastwirts für Garderobe.

In dieser Angelegenheit ist jetzt folgende neue Entscheidung des Reichsgerichts ergangen. Scharf zu unterscheiden ist bei der Frage nach der Haftung des Gastwirts zwischen dem etatlichen „geschäftlichen“ Gastwirt, der gewerksmäßig Fremde beherbergt, und dem „Schankwirt“, der Inhaber einer großen Gaststube sein kann, seine Gäste aber nur bewirtet. Die Haftung des Gastwirts, der gewerksmäßig Fremde beherbergt, ist weit umfangreicher, als die des bloßen Schankwirts. Der Gast des Restaurants, des Weinlokals und des Kaffeehauses hat die Pflicht, selbst auf seine Garderobe zu achten. Den Wirt trifft auch nicht die Verpflichtung, seinen Gästen eine Garderobe zur Verfügung zu stellen. Fordert der Restaurant- oder der Inhaber einer Kantine, eines Cabarets usw. seine Gäste zur Benutzung der Garderobe auf, dann u. a. m. trifft ihn auch die volle Verantwortlichkeit, wenn ohne das Verschulden des Gastes etwas von den zur Verwahrung übergebenen Sachen verloren geht. In seiner Anmeldung vom 27. Juni d. J. acht das Reichsgericht so weit, den Gastwirt für die Entschädigung des Betrages verantwortlich zu machen, der mit den Garderobenmarken versehen wird. Dem Kläger war ein solcher Verlust durch verloren geordnete, weil ihn ein Dieb mit einer derartigen Garderobenmarke abgeholt hat. Das Reichsgericht hat den Unternehmer, der vertretende Verschiedene in dem Urteil erklärt, daß die Garderobenmarken weder den Namen noch den Namen und die Bezeichnung des Unternehmers enthalten haben dürfen, sondern nur den Namen des Wirtes, von der jedermann solche Marken in den üblichen Verträgen besitzen konnte.

Der Gastwirt, der Fremde zur Beherbergung aufnimmt, hat daher von vornherein für die einzubringen Sachen, wenn der Ausbruch der Haftung nicht ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart wird, (Ein gewöhnlicher Aufschlag, wenn der Gastwirt keine Haftung abschließt, genügt hierzu nicht.) Jedoch tritt ein Ausbruch der Haftung ein,

wenn der Schaden vom Gast selbst oder von einem seiner Vertreter verursacht wird; aber nicht, wenn durch das Verschulden des Hotelbesizers ein Betrüger das vom Gast abgeschlossene Zimmer in der Abwesenheit des Gastes betritt und dort Sachen entwendet. Ein ursächliches Verschulden des Gastes gilt als mitwirkend, wenn er es unterläßt, sein Zimmer abzuschließen. Der Gast kann sich dann nicht durch den Einwand entlasten, daß das Zimmermädchen noch ankürmmer habe und daß er gesandt habe, das Mädchen wieder ins Zimmer verschließen. In diesem Falle hat der Kläger den Diebstahl seines Koffers seiner eigenen Unachtsamkeit zuzuschreiben, da er wissen mußte, daß insbesondere in den Kurshotels die Diebstähle sich häufen.

Stiftungen für die Tuberkulosekämpfe. Auf die Gelegenheit der Veröffentlichung über die Fürsorgepflicht der hiesigen Kaufleute, und Fürsorgestellen für Tuberkulose im letzten Berichtsjahre ergangene Anregung zur Zeichnung von Mitteln für dieses gemeinnützige Werk haben mehrere Mitglieder der Stadt, besonders größere Firmen, zum Teil recht ansehnliche Beiträge in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt. Um aber die Fürsorgepflicht in dem bisherigen Umfang weiter fortzuführen zu können, werden ganz erhebliche Mittel benötigt. Es ergab daher, nochmals die Bitte an alle, denen es die Mittel erlauben, zur Förderung dieses Werkes der Menschlichkeit beizutragen. Beträge für diesen Zweck zu zeichnen. Es werden die Fürsorgestellen der Kaufleute, und Fürsorgestellen für Tuberkulose, Danzig, Wiebentafel, Kugel S. und Langhans, Eisenstraße 6, entgegen, oder sie können auf das Konto 1401 der Kaufleute- und Fürsorgestellen für Tuberkulose bei der Girokasse der Sächsischen Sparkasse überwiesen werden.

Symphoniekonzert. Das populäre Symphoniekonzert der „Philharmonischen Gesellschaft“, das gestern den Schützenhausaal nicht ganz füllte, brachte unter Genro Prins' kräftiger Leitung zunächst eine Wiederholung von Ewald Straeters G-Dur-Symphonie, über die ich gelegentlich ihrer ersten Aufführung hier bereits berichtet habe. Die Eindrücke waren gestern im allgemeinen die gleichen wie vor drei Wochen, höchstens daß die diesmalige Aufführung nicht immer die Klangfülle der ersten zeigte. Von dem launig-munteren Scherzstück abgesehen, der auch diesmal wieder freudiges Vergnügen fand, blieb von Straeters Musik nichts mehr haften als ihre verständnisvolle, klare Darbietung durch das Orchester; der Valtmann lautete wohl musikalisch interessanter; der Satz ist gelangweilt. — Dem Charakter des Konzertes Rechnung tragend bot Prins dann im zweiten Teile die Ouvertüre von Smetana's frühererwähnter Oper „Der Rus". Was ihn dazu bewog, gerade dieses doch ziemlich belanglose, wenn auch sonst ganz hübsche und angenehme Beispiel hervorzuheben, daß A. H. hinter dem zur „Veranstaltung" sehr weit zurücksteht, bleibt mir unverständlich. Den Abschluß machte dann wieder ein Höhepunkt, mit drei klassischen Tänzen, die freilich nur bei feinstem Gehör in ihrem ganzen Glanz erstrahlen. Das Prins sie dazu bringen kann, steht außer Zweifel; was er aus ihnen mit einer (?) Probe bot, war eine durchaus liebendwürdige musikalische Abendunterhaltung, nichts mehr. Aber auch nichts weniger, denn die Zuhörer waren sehr erfreut. W. D.

Chor. Der Gesangsverein „Liedertafel" veranstaltete am Sonnabend im Lokale der Ostbahn sein drittes Stiftungsfest. Unter Mitwirkung des Männergesangsvereins „Liederkreis", die jeder ihr Bestes gaben, nahm die Feier einen harmonischen Verlauf. Die Gesangsübungen des Gesangsvereins „Liedertafel" Chöre finden im 11. Saal der Ostbahn am Donnerstag jeder Woche, für den Männerchor von 6.30 Uhr bis 7.45 Uhr, und für den Gemischten Chor von 8 bis 10 Uhr abends statt.

Aus dem Osten.

Elbina. Die Elbinger Zigarren- und Tabakfabrik hat, nach Ablauf der Auktionsfrist, ihren Betrieb eingestellt. Einige Arbeiter sind nur noch mit Nebenarbeiten beschäftigt.

Frechtadt. Zu 250 000 Mark Geldstrafe verurteilte das Untersuchungsamt in Rosenberga den Kaufmann Bändel aus Frechtadt. In der Verhandlung wurde ihm nachgewiesen, daß er Spiritus mit dem amtlich ausgemessenen Verkaufspreis von 18 Mark zu 180 Mark verkauft hatte. Auf der Verhinderung war die Zahl 18 in 180 abgeändert. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis und 1 Million Geldstrafe. Das Untersuchungsamt erklärte, wie oben angegeben.

Braunsberg. Einen guten Fang machte Fischer Schier in Neu-Passarge. Er fing in einem Netz, das er vor dem Wasserlauf aufgestellt hatte, einen Fisch von etwa 50 Pfund. Es war dieses ein selten vorkommender Fisch, ein sogenannter Schleifsch, von grünlich schimmernder Farbe längs des Rückens, mit schwarzen Punkten gefleckt. Der Fisch hatte einen Wert von über 10 000 Mark.

Heiligenbeil. Umfangreiche Diebstähle sind auf dem hiesigen Güterbahnhof ausgeführt worden. Umfangreiche Diebstahlsaktionen lieferten große Mengen Getreide und Mehl antage und gaben ein annäherndes Bild der umfangreichen Diebstähle; fand man doch allein 79 leere Getreidesäcke. Bisher wurden vier Täterhodenarresten verurteilt.

Rönigsberg. Rohnverhandlungen der kaufmännischen Angestellten. Die Verhandlungen mit den kaufmännischen Angestellten und dem Arbeitgeberverband über die Regelung der Novembergehälter sind ergebnislos abgebrochen worden, da die Arbeitgeber es ablehnten, auf Grund der Inflation zu verhandeln und ihrerseits für Klasse A 70 v. H., für Klasse B 60 v. H. und für Klasse C 50 v. H. boten. Die kaufmännischen Verbände haben den Schlichtungsausschuss angerufen. — Für außerordentliche Notstandsmaßnahmen zugunsten der Renteneempfänger hat das Reich für Litauen 27 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, damit die bedürftigsten Renteneempfänger einmal besonders bedacht werden können. Von den Gemeinden soll die Unterstützungssumme um ein Fünftel erhöht werden.

Rönigsberg. Beteiligung Ostlands an der Ostmesse. Die Handelsdelegation der R. O. S. R. in Berlin hat beschlossen, sich als Aussteller an der bevorstehenden Ostmesse Ostmesse Rönigsberg i. Pr., die vom 18. bis 29. Februar 1922 stattfindet, zu beteiligen. Es soll Vorfrage getroffen werden, daß die Vertreter Ostlands mit genügenden Vollmachten versehen sind, um Geschäfte abschließen zu können.

Mechan. Vielseltige Talente entwickelte das Dienstmädchen Sch. Es verordnete für andere Mädchen zur Verhütung des Nerven Morphinum und schloß auf dem Rezept die Unterschrift eines Weblauer Arztes und eines Arztes aus Allenburg. Dem Apotheker in Zaplow stellten die Verordnungen ihrer Stärke wegen auf, und er hielt bei den letzten Nachfrage, die zur Aufdeckung des Schwindels führte. Zur Vorsetzung ihrer „Studien" wurde das begabte Mädchen in hohem Gewahrsam gebracht.

Stettin. Der wegen Raubmordes gesuchte Mediciner Hans Reinold ist hier festgenommen worden, und zwar bei einem verbotenen Gange in die Kolonialkolonie an der Apfelallee.

Aus aller Welt.

Schwere Explosion in einer Refektorie. In der Refektorie des Hotels der Brünn erfolgte eine verheerende Explosion, wodurch vier Arbeiter getötet und eine Reihe Arbeiter verletzt wurden. Der Materialschaden ist sehr groß. Ein Hamburger Spiritusausstillungsdirektor. Das ist einmal von den Norwegern angeordnete Hamburger Motorschiff „Senator Soliholm" hat sich abermals gefaßt lassen, nach Norwegen zurückzuführen, wobei es wiederum geladete wurde. Es wurde von einem Kapitän aufgebracht und in Danzberg eingeschleppt. Der Kapitän und der Steuermann wurden zu je 500 Kronen Geldstrafe verurteilt. Die gesamte Ladung wurde zugunsten der norwegischen Staatskasse beschlagnahmt. Des Weiteren wurde auf Einleitung des Schiffes erkannt.

Einem von segenen Nachbarn. In der Nacht zum Samstag im Hamburger Stadthaus. Aus der Sammelkammer liegen sie durch eine Schußkugel in den Brustkammern und in den rechten Brustkorb hinein. Der eine gab die Wunde bald auf und lag in die Wunde wurde. Der zweite wurde durch Feuerwehr und Polizeibeamte, die angeworben waren, ihm durch die engen Gänge zu folgen, erst nach zwei Stunden, schwarz von Blut und völlig erschöpft, in einer Krankenkasse im ersten Obergeschoß angesetzt.

Freipruch des Ehepaars Franz. Im Prozeß gegen das Ehepaar Franz haben die Geschworenen sämtliche 42 Schuldsfragen verneint, worauf beide Angeklagte freigesprochen und sofort auf freien Fuß gesetzt wurden. Die Schuldsfragen, die den Geschworenen vorgelegt wurden, lauteten im wesentlichen auf Vergiftung, Notzucht, Freiheitsberaubung und Raub; bei Frau Franz kam als Hauptmoment Beihilfe in Frage.

Gefährliche Schwerverbrechen. Die von den französischen Behörden in Wiesbaden unter der Verhütung des Vertriebes verbotener Bücher im besetzten Gebiet Verhafteten, der Postbeamte Schuler und der Chemiker Dr. Meris, wurden von dem französischen Gericht zu einem Jahre Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie wurden aus der Haft mit Ketten gefesselt vorgeführt und nach der Verhandlung ebenfalls wieder abgeführt.

Der Prozeß gegen Rabardt und Gensler ist bis jetzt über die Vernehmung der Angeklagten Rabardt (Walter), Hoffmann und Sonnburg nicht hinausgekommen. Die Vernehmung drehte sich bisher um die Frage, ob ein Bankrottanschlag durch den die Vermögensverwaltung mit 700 000 Mark geschädigt sein soll. Nach Vernehmung der Angeklagten soll in diesem Bankrottanschlag der Betrag von 700 000 Mark zu viel eingekassiert worden sein. Während Rabardt behauptet, daß er über diese Vorgänge von den anderen Angeklagten nicht unterrichtet gewesen sei und die Höhe des Bankrottanschlages nicht gekannt habe, erklärten Hoffmann und Sonnburg, daß Rabardt über jede Höhe der Vermögensverluste genaue Kenntnis gehabt habe. In der Verhandlung erlitt bei der Vernehmung des Angeklagten Hoffmann der Angeklagte Karl Rabardt einen schweren Ohnmachtsanfall. Der hinzugerufene Arzt erklärte, daß Rabardt sehr herzleidend sei und besondere weitere, daß eine augenblickliche Verbandsuntersuchung vorliege. Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, die Verhandlung abzubrechen und auf Mittwoch zu vertagen. Der Haftentlassungsantrag der Verteidigung wurde abgelehnt. Vorher hatte der Angeklagte Hoffmann bekundet, daß er beim Durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Bankrottierer, daß Rabardt als Präsident der Handwerkskammer hiervon Kenntnis gehabt habe.

Die Opiumtraffik in Cardiff. Die drei Engländerinnen, die vor wenigen Tagen in Cardiff bewußtlos bei einem toten Chinesen im Bett gefunden wurden, haben das volle Bewußtsein noch nicht wieder erlangt und können noch keine Aussagen machen. Die Opiumtraffik war so hart, daß sie immer wieder bewußtlos werden. Der tote Chinese war verheiratet, seine Frau und ein Kind leben in Shanghai.

Verjammlungs-Anzeiger

- Jugendlichengruppe. Donnerstag, den 9. November, spricht der Gen. Dr. Bini über Sozialistische Theorien im Altertum und Christentum. Gäste willkommen.
- Arbeiterbildungsausschuss. Donnerstag, den 9. Nov., abends 7 Uhr, in der Aula der Petruschule, am Danzaplaz. Vortragsabend: Die Fiktion in unserer Heimat. Vortragender: Dr. Hina. Karten 10 Mk. an der Abendkasse.
- Touristenverein „Die Naturfreunde“. Kindergruppe: Donnerstag, 30. Nov., nachm. 4 1/2 Uhr: Sing- und Spielabend.
- Konsum- und Sparvereine Danzig. Bezirksversammlungen: Kanakufuhr, Reichs-Lotterie, Freitag, den 1. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, bei Krefin, Brunshöfer Weg; Neuhaide, Sonntag, d. 3. Dezember, vormittags 10 Uhr, bei Schönwiese; Chra, Dienstag, d. 5. Dezember, abends 7 Uhr, in der Ostbahn.
- Arbeiter-Abkündigten-Bund. Freitag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Sewelludolow, Zimmer 54, gefälliger Abend. Gäste willkommen.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband. Heizungsmonteure, Installateure und Klempner. Sonntag, den 2. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, Versammlung in der Maurerherberge.
- Freie Turnerstaffel Danzig. Sonntagabend, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, im Heim (Reiterstraße), Mitgliederversammlung.
- Arbeiter-Turn- und Sportbund, 2. Bezirk. Am 16. und 17. Dezember d. J. findet in Danzig Kanakufuhr der diesjährigen ordentlichen Bezirksstag statt. Anträge sind bis zum 2. Dezember d. J. an den Bezirksvertreter, Turngewossen Post-Chra, in der Ostbahn 2, einzureichen.
- Sonntag, den 3. Dezember, im Heim, Cois Derra, 6 Uhr nachmittags: Sitzung des Bezirksvorstandes und des Turntechnischen, Fußball- und Bundesschulungsausschusses. Die Vereinsvorstände haben hierzu ihre sämtlichen Ausschussmitglieder zu entsenden.



Verantwortlich für Politik Ernst Bopp, Danzig; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, Danzig; Inzerate Anton Proben, Danzig. Druck von H. Gedi u. Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
 Heute, Donnerstag, den 30. Nov., abends 7 Uhr:
 Dauerparten E 1.
Rigoletto
 Oper in 4 Akten von G. Verdi.
 In Szene geleitet von Oberregisseur Julius Brückner.
 Musikalische Leitung: Max Dolland.
 Inspektion: Otto Friedrich.
 Personen wie bekannt. Gabe 9^{1/2} Uhr.
 Freitag, den 1. Dezember, abends 7 Uhr: Dauerparten A 2. **Rigoletto**. Oper.
 Sonnabend, den 2. Dezember, abends 7 Uhr: Dauerparten B 2. **Sam 1. Male**. „Die japanische Puppe.“ Puffspiel in 3 Akten.

Wilhelm-Theater

Größtes Aussehen und Staunen
 erregt allabendlich

Ernesto Bellini!!

der phänomenale Gedankenspieler.
 Dazu das
glänzende November-Programm.
 Vorverkauf bei Freymann. Anfang 7^{1/2} Uhr.

LIBELLE:

Bis 1 Uhr Bier-Kabarett
 anschließend Wein-Kabarett.

Gedania-Theater

Achtung! Henta! 8 Schlager
Unter der roten Maskell
 Detektiv-Abenteuerroman in 6 Episoden, 30 Akten.
 1. Episode: **Der Sechsbund**, 6 große Akte.
EDDIE POLO
 in „Sein Gelübde“, 2 Akte.
Freddy spielt Hamlet!!
 Komödie in 2 Akten.
 In dies. Woche tägl. 3 Uhr: Kindervorstellung.
 Beginn der letzten Vorstellung 9 Uhr.

Danziger Likör- u. Weinzentrale

Richard Scheer
 Junkergasse 1a, a. d. Markthalle - Fernspr. 2044
Spezial-Flaschenverkauf
 Liköre, Spirituosen u. Weine erst-er Firmen am Platz
 zu Originalpreisen
SPEZIALITÄT:
Billigste Trinkbranntweine Springer-Liköre
 Besuchen Sie bitte meine Schaufensterauslagen
 in Probeflaschen!!!

Schellack und Sacharin

kaufe laufend
 möglichst 8-10 und 1-2 Uhr
 Jopengasse 27, 2 Tr.

Trauring-Vertrieb

Da ich aus meiner sehr bekannten
 „Goldankaufstelle“ das Gold ohne Zwischen-
 handel besitze, bin ich in der angenehmen
 Lage, die Verlobungsringe äußerst
 günstig zu verkaufen.
 Gebt auch gerne telephonisch Auskunft.
F. LOAZ, Schmiedegasse 18. Tel. 6870

Hüttenkoks

liefert prompt jedes Quantum frei Haus
Kohlenkontor Danzig
 Dominikswall 8 - Telefon 6708

Achtung! Ankauf von Gold, Silber, Platin und Edelsteinen

zum Selbstverbrauch
Stempelabrik Spindler, Jopeng. 45
 H. Kasper. R. Schimkowiak.

30 000 bis 100 000 Mark Belohnung!

In der Nacht vom 26. 11. bis 27. 11. wurden aus meinem Geschäftslokal Langermarkt 1, hier selbst, folgende Waren gestohlen:
 1 Bettdeckkasten, Eiche, dunkel, Nipakko verfilbert, 100teilig, gez. „Wolska“,
 300 Stück Messer, Schale schwarz und weiß, gez. „Wollot“ Nr. 27 und 41,
 112 Stück Perlmuttermessen mit Sähere, Aorkzieher usw.,
 12 Stück große mehrteilige Jagdmesser, diverse Manicurekästchen von „J. A. Henschels“, diverse Dugend Ebbestecke, weißes Hest, gez. „E. V. Garantie Solingen“.

Obige Belohnung sichere ich demjenigen zu, der zur teilweise oder ganzen Wiederbeschaffung der gestohlenen Sachen beiträgt, bzw. der mir bezüglich der Täterschaft nähere Angaben machen kann. Vor Ankauf der gestohlenen Sachen wird gewarnt.

Nähere Meldungen sind zu richten an
Richard Meis,
 Spezial-Geschäft Solinger Stahlwaren
 Langermarkt 1
 und Kriminal-Polizei Zimmer 35.



10r Milch- und Mahlspeisen, Saucen, Kakao, Tee, Puddings, Kuchen, Toften, Eis und als Zusatz zu solchen empfehlen Fruchten, die nur ein schwaches Aroma haben, wie z. B. Apfelsauce, Marmelade etc. ist

Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

Hiermit kann man den Speisen und Getränken auf die einfachste Weise den feinen Vanillengeschmack und das köstliche Vanille-Aroma geben. Vielfach wird nun sog. Vanillin-Zucker zu vielleicht etwas billigerem Preise angeboten, der jedoch einen so geringen Vanillin-Gehalt hat, daß Geschmack und Aroma schon beim Legern in den Geschäften sich verflüchtigt hat.

Man achte daher beim Einkauf darauf, daß man nur **Dr. Oetker's Fabrikate** mit der Schutzmarke „Oetker's Heilkopf“ kauft.

D. Concrete

ladet prompt nach **KOPENHAGEN**
 Güteranmeldungen erbeten.
Behne & Sieg (7934)

Automobilmonteure

gesucht. Nur ältere Kräfte, mit langjährigen Erfahrungen bei **hohem Stundenlohn.**
Altendorff & Löwenthal
 Automobilwerke. Danzig, Waingasse Nr. 6-9

Stoffverkauf

Angus, Rostam, Ulster, Joppen, Hosen u. Futterstoffe, pa. Qual. verk. als prakt. Weihnachtsgeschenke z. Ausb. billigen Preisen.
Mattern & Dück,
 Frauengasse 34, part.
 Verk.: 9-2 vorm., 4-6 nachm.
 Zu verkaufen, fast neu:
 1 Petroleum-Hängelampe nebst Baseinrichtung.
Schlicht, (7903)
 Neue Sorge 6, 2 Tr. rechts.
 Fast neuer Cutaway mit Wette zu verkaufen. (7920)
Fischmarkt 5, 3 Tr. rechts

Zurückgekehrt

Dr. Wisselack
 Hausplatz 14. 11-12, 2-3
Moderne Herren-Anzüge, Raglans, Schw. und marengo Paletots
 verkauft zu bekannt billigen Preisen
B. Schwarz
 8. Damm 18, 2 Tr.
Pelzfutter
 und Aragen (neu) billig verkauft (7923)
Barth. Graben 44 b, 3 Tr

Gelegenheitskauf!

Verkaufe billig 1 Kleiderschrank, 1 gr. Spiegel, 1 Herrenuhr, 1 Paar lange Jachten-Stiefel (Gr. 44), 2 Anzüge (Gr. 180), Diverse Wasche, Hute usw., 1 Koffer Mitte, Heiligensalg, 52. 11r. Hof. (7932)
 6 Stühle mit Lederpolster billig zu verkaufen (4) **Reberich, Nied. Seigen 3/4**
 Messingfeder mit Halsband u. Marke, fast erblind. abhd. gekommen **Amant** **Wetgerg. 16, 2.** (7912)
Eisener antiker Schrank verk. **Opert. uni. 9 1022 a. d. Erped. d. Volkst. (1**
Strickwolle, Strümpfe, Socken, Trichterbüchse u. Schlittschuhe verkauft **Goldschmidtweg. 28, 2 Tr**
 Gut erhaltener warmer **Herren-Winterüberzieher** billig zu verkaufen z. verk. **Dangogasse 48.1** (7877)
Pflüchlabsofa z. verk. **Am Berge 3.1** (7941)
Frank
 abzugeb. **Reinke, Langf., Bröfener Weg 16b.** (7914)

Um meine werten Kunden in die Lage zu versetzen, zum bevorstehenden Fest jedem ihrer Angehörigen eine kleine Freude zu bereiten, veranstalte ich schon jetzt meinen diesjährigen großen

Weihnachtsverkauf

in allen Abteilungen. (7913)
Kleider aus marineblau und farbigem Cheviot, gestreift und karierten Wollstoffen, fesche Modarten 18 800.-, 9500.- **4950.-**
Mäntel aus guten Flauch- u. Ulsterstoffen, in dunklen und hellen Farben, offen und geschlossen zu tragen, mit Gürtel 28 500.- **19 500.-**

Röcke nur gute Qualität, in blau, schwarz und farbig 3500.- 1850.- 2850.-

Blusen aus Barchent, Velours, Seide 2850.- 1650.- 3950.-

Extra-Angebote

Damen-Strümpfe sehr gute Qualität, engl. lang . . . 695.-, 495.- **295.-**
Damen-Strümpfe engl. lang in schwarz, grau, leder, sehr klarer u. fester Geweb. **975.-** **675.-**
Herren-Socken 1/2 gestrickt, sehr starkes Gewebe . . . 950.-, 525.- **195.-**
Herren-Socken schwarz u. bunt, einfarb. und gestreift . . . 1250.-, 975.- **625.-**
Strickbinder sehr schöne Muster, gute Qualitäten 675.- **395.-**
Damen-Tailen weiß Trikot mit weißem Futter, Gr. 4 **1950.-**
Rodel-Barnituren Schal und Mäze **3900.- 2700.-**
Handschuhe für Damen - Herren - Kinder - in Trikot gefüttert und reiner Wolle.

Ein Posten fehlerhafte **Damenstrümpfe** Nur so lange der Vorrat reicht **95.-**

Männer-Pelzhemden mit weißem Futter - **Kinderstrümpfe** in Woll- und Baumwolle, in schwarz und braun - **Normalhemden**, prima wollgemischt - **Reformhosen**, blau Trikot, gefüttert - **Hosenträger** - **Taschentücher** - **Damen-Hemden** und **Untertailen** a. prima Hemdentuch - **Woll- u. seidene Schals.**

Berliner Kaufhaus

Spezialität: Damenstrümpfe aus Fior, Seidenflor, Makko, Kunstseide und Seide
 Fleischergasse 88, am Vorstädt. Graben.

Teilzahlung

Große Auswahl in **Herren-, Jünglings- und Knaben-Anzügen und Hosen** zu bekannt billigen Preisen
SWAN'S Konfektions-Haus
 Winter-Joppen, Raglans u. Paletots
 Starke Arbeitsschuhe und -Stiefel
 nur 21 Häkergasse 21
 Bitte auf Namen u. Hausnummer zu achten!
 mit bequemer An- und Abzahlung!



D. Olga Elisabeth
 ist von Gr. Jarmouth kommend mit Heriogen hier eingetroffen u. löschl.
Behne & Sieg.



Hersteller:
Urbin-Werke, Chemische Fabrik G. m. b. H., Danzig, am Troyl. (7921)

Gelegenheitskauf!

Blau Hammagarn-Damen-Rostam (Größe 46 u. 48), Wohnzimmers-Barratur, 1 Sofa, 2 Sessel (neu) billig zu verkaufen. **Mattern,** Frauengasse 34 pt. Verk.: 9-2 u. 4-6 Uhr
 1 Kinderstuhl u. 1 Paar Lederstühle (1-2 Jahre) zu verkaufen. **Wannoch,** Schüsselbamm 8-11, 4.

Transportable Nachelöfen
 in vollendet heiztechnischer Konstruktion, größte Brennstoff-Ersparnis, liefern ab hiesigem Lager
Baltische Dien- und Baubedarfs-G. m. b. H.
 Schüsselbamm 56 :: Telephon 2764